Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Inserate übernehmen außerhalb Berlin's: Berlin: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Diederich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schüssler. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. — Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Pr. Frankreich: Havas Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frendler in Warschau, Senatorenganges 23.

Nr. 373. **Berlin, Freitag den 5. September 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich 9 Mark 50 Pf., für Berlin nehmen sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen, sowie die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile 40 Pf. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an dieser Berlin SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Telegraphische Korrespondenz.

(Wolffs Bureau.)

Wien, Donnerstag 4. September, Abends. Meldung der „Pol. Corresp." aus **Konstantinopel**: Die auf heute anberaumte Konferenz der Delegirten in der griechischen Frage ist auf den 6. d. verlagt worden. Wie es heißt, beabsichtigt Saufet Pascha zu beantragen, daß unverweilt in die Erörterung der Grenzfrage selbst eingetreten werde; die türkischen Bevollmächtigten sollen beauftragt sein, eine Diskussion der Vorbehalte, welche die Pforte an die Annahme der im 13. Kongreßprotokolle enthaltenen Bestimmungen knüpfte, nicht zuzulassen. — Der Sultan beabsichtigte heute den Gesandten des Fürsten von Montenegro zu empfangen.

Halifax, Mittwoch 3. September. Der Dampfer „Quebec", welcher von Liverpool nach Halifax, Quebec und Montreal gehen sollte, ist heute bei Eastpoint (Prince-Edwards-Inseln) gestrandet. Die Reisenden wurden gerettet und in Picton gelandet. Man hofft, den Dampfer bei Eintritt der Fluth wieder flott zu machen.

New-York, Donnerstag 4. September. Die Baumwollen- und Zuckerernten in Louisiana und Texas sind durch Gewitter stark beschädigt, auch sind in Folge des Unwetters mehrere Schiffe verloren gegangen.

(Siehe auch Seite 3.)

Amtliche Nachrichten aus dem Reichs- und Staats-Anzeiger.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem Pfarrer Liebau zu Gilsdorf im Kreise Oschersleben den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Geheimen Medizinalrath a. D. Dr. Wegeler zu Koblenz den königlichen Kronenorden dritter Klasse; sowie dem Schullehrer Löffler zu Neudorf im Kreise Schweidnitz den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem früheren spanischen Brigadegeneral Marques de la Gandara, jetzt wohnhaft zu Paris, den königlichen Kronenorden zweiter Klasse mit dem Stern, und dem Ingenieur Le François zu Paris den königlichen Kronenorden dritter Klasse zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

den zeitigen Vorsitzenden der königlichen Eisenbahnkommission zu Aachen, Regierungs-Assessor Wreede,

das Mitglied der königlichen Eisenbahndirektion zu Elberfeld, Regierungs-Assessor Menz,

das Mitglied der königlichen Eisenbahnkommission Berlin-Blankenheim, Regierungs-Assessor Kramm hierselbst,

das Mitglied der königlichen Eisenbahndirektion zu Hannover, Regierungs-Assessor Dr. jur. Horaz Schultz in Hannover, und

das Mitglied der königlichen Eisenbahnkommission (Hannoversche Bahn) Regierungs-Assessor Jaenisch zu Kassel, sowie

die Regierungs-Assessoren v. Dobbeler in Meppingen und v. Lüpke in Stade zu Regierungsräthen zu ernennen;

dem Ober-Gerichtsanwalt und Notar Dr. jur. Schultz in Celle den Charakter als Justizrath, und

dem Stadtrath Meyer Magnus zu Berlin den Charakter als Geheimer Kommerzienrath zu verleihen.

Dem Observator am königlichen astro-physikalischen Observatorium bei Potsdam Dr. phil. Vogel ist das Prädikat „Professor", und

dem ordentlichen Lehrer Wilhelm Schleusner am Gymnasium zu Hörter das Prädikat „Oberlehrer" beigelegt worden.

Der Kreisgerichtsrath Osius zu Marburg ist vom 1. Oktober 1879 ab zum Notar im Departement des Ober-Landesgerichts zu Kassel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Hanau, ernannt worden.

In unserem gestrigen Abendblatte haben wir unserer Anschauung über die geringe Berechtigung der liberalen Bemerkungen über vermeintliche Spaltungen im konservativen Lager Raum gegeben. Eine dankenswerthe Erweiterung unserer bezüglichen Betrachtungen geht uns in dem nachstehenden Schreiben von hochgeschätzter Hand unserhalb der konservativen Parteien zu, dessen Ausführungen wir den Freunden konservativer Grundsätze recht dringend ans Herz legen. Wenn wir auf das rein formelle Zusammenschließen in eine parlamentarische Partei auch nicht das nämliche Gewicht legen zu müssen glauben, wie der Herr Einsender der folgenden Zeilen, so haben wir doch unserem Wunsche nach gemeinsamem Wirken aller konservativen Elemente zu oft und zu lebhaften Ausdruck gegeben, als daß wir erst noch besonders versichern zu müssen glaubten, daß wir auch in diesem Punkte im Wesen mit dem Herrn Einsender durchaus übereinstimmen. Derselbe schreibt:

Die bevorstehenden Wahlen bieten der konservativen Partei gerechten Anlaß zu mancherlei ernsten Betrachtungen. Wenn im Verlauf der vergangenen Legislaturperioden die Gesetzgebung keinesweges immer den konservativen Wünschen entsprochen hat, wenn auf den Gebieten der Verwaltungsreorganisation, der Steuergesetzgebung, des Schulwesens, des Verhältnisses von Staat und Kirche und noch anderweitig mancherlei Fehler begangen worden sind, deren nachtheilige Folgen jetzt auch von einsichtigen Liberalen anerkannt und beklagt werden, — ist es da nicht geboten, anstatt kurzweg der Regierung oder der „liberalen Majorität" die Schuld zuzuschieben, auch der eigenen Pflichten zu gedenken und den Theil der Schuld, welcher die Konservativen selbst trifft, ehrlich einzugestehen?

Es giebt ein Feld, auf dem der Wettkampf unter den Parteien des Landes fruchtbarer und unseres Dafürhaltens auch ehrenvoller ist, als das der gegenwärtigen Anklage und Verdächtigung, nämlich das Feld selbstloser Hingebung und angestrengter Arbeit für das gemeine Wohl. Unsere sozialen Verhältnisse bringen es mit sich, daß die Konservativen ihre gemeinnützige Thätigkeit vorzugsweise auf einem zwar unscheinbaren, aber deshalb gewiß doch bedeutenden Gebiete, dem der Selbstverwaltung, des kommunalen und Vereinslebens einsetzen. Deshalb ist es eine sichere und doch ist es eine unabweisbare Pflicht für sie, auch auf dem politischen Felde mit Aufbietung aller Kräfte in die Arena zu treten. Aber Großes und Tüchtiges leisten auch die besten Kräfte nur in der Gemeinschaft. In der Zersplitterung nutzen sie sich erfolglos ab und verfallen leicht der Einseitigkeit.

Nur allzufehr fällt es in die Augen, mit welchem Behagen unsere Gegner die Differenzen innerhalb der konservativen Gruppen verfolgen, sich auch bemühen zu schüren und zu hetzen. Aeußerungen deutschkonservativer Abgeordneter werden tendenziös entstellt, um bei den Freikonservativen Anstoß und Aergernis zu erregen, die Wahlaufrufe werden ausgenutzt, um Reibungen hervorzurufen oder zu nähren, die „Germania" warnt davor, „Neu- und Freikonservative" für „konservativ" zu halten, und die „Nationalzeitung" ergreift mit sichtlicher Freude den erwünschten Anlaß, welchen ihr der „Reichsbote" bietet, um den Konservativen vorzuwerfen, daß sie nach der „Krone des hochoffiziösen Sperrdruckes" streben. Ist das nicht angetan zu einer Mahnung, kleinliche Reibereien zu vermeiden und selbst für tiefergehende Meinungsverschiedenheiten einen Ausgleich zu suchen auf dem gemeinsamen Boden? Wenn ein unbefangener Politiker den zuletzt erschienenen Wahlaufruf der Freikonservativen mit dem vorangegangenen der Neukonservativen vergleicht, sollte er da wohl prinzipielle, unvereinbare Gegensätze entdecken können? Die speßifisch deutschkonservativen Organe haben dem neukonservativen Programm zwar nicht ausdrücklich zugestimmt, der „Reichsbote" hat sogar das Vorgehen dieser, in der letzten Session zahlreichen, konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses unsympatisch aufgenommen, aber es ist von deutschkonservativer Seite auch kein Wort des Widerspruchs gegen den Inhalt der neukonservativen Kundgebung erfolgt, und eine Prüfung in der letzten Dienstagsnummer der „Kreuz-Ztg." besagt es sogar ausdrücklich, daß die sogenannten Aktionsforderungen zu einer Vereinigung mit den Neukonservativen bereit seien. Ist es noch nicht möglich, alle konservativen Schattierungen zu einer großen Partei zu vereinigen, so wäre auch schon darin ein erfreulicher Fortschritt erschöpflich, wenn, wie im Reichstage, so auch im Abgeordnetenhause, die deutsch- und freikonservative, nur zwei konservative Parteien beständen und in naturgemäßer, freundschaftlicher Verbindung untereinander eine starke Rotte bildeten.

Der Wahlaufruf der Neukonservativen giebt dem Lande die Gewähr dafür, daß eine solche Parteibildung weit davon entfernt sein wird, reaktionairen Tendenzen zu dienen, was die Liberalen in Ermangelung anderer Angriffsobjekte zu verbreiten bemüht sind. Alle diese nicht eben loyalen Vorwürfe der „verdeckten Reaktion", der „Partei Bismarck sans phrase" und dergl. mehr sind nicht neu und werden zuwerlich so bald aufhören. Von der besseren Einsicht des Volkes und von der Haltung der Konservativen selbst wird es abhängen, ob sie verfangen. In allen Staatswesen der Vergangenheit und Gegenwart waren und werden der konservativen Partei große Probleme gestellt, entscheidend für das Leben der Nationen. Im ernsten Ringen, in der gemeinsamen, rastlosen Arbeit für diese Probleme mögen sich alle Konservative zusammenthun, zunächst bei den bevorstehenden Wahlen, fernerhin und lebenslänglich bei der Sorge um das Wohl unseres theuren Vaterlandes.

Zur **Reise Sr. Majestät des Kaisers und Königs** sind noch folgende weitere Nachrichten eingegangen:

Bromberg, Donnerstag 4. September, Nachmittags. Se. Majestät der Kaiser ist heute Nachmittag 1 Uhr 45 Minuten auf der Rückreise von Alexandrowo auf dem hiesigen Bahnhofe eingetroffen und setzte nach einem Aufenthalte von 15 Minuten um 2 Uhr die Weiterreise über Dirschau nach Königsberg fort. Zum Empfange waren die Spitzen der Behörden erschienen.

Der „Reichsanzeiger" eröffentlicht folgende Allerhöchste Verordnung, betreffend die Einberufung des Bundesraths. Vom 2. September 1879.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc.

verordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung, im Namen des Reichs, was folgt:

Der Bundesrath wird berufen, am 15. September d. J. in Berlin zusammenzutreten, und beauftragen Wir den Reichskanzler mit dem zu diesem Zweck nöthigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 2. September 1879.

(L. S.) **Wilhelm.**

v. Bismarck.

Wie bereits gemeldet, ist der neuernannte chinesische Gesandte Li-Fong-Pao am 1. d. M. von Sr. Majestät dem Kaiser behufs Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens in Privataudienz empfangen worden. Bei diesem Anlaß hat der Gesandte in seiner Landessprache an Se. Majestät eine Ansprache gehalten, welche, dem „Reichsanzeiger" zufolge, in deutscher Uebersetzung lautet:

„Majestät!

Ich habe die Ehre, dieses Kreditivschreiben Ew. Majestät zur Allerhöchsten Annahme und Einsicht ehrfurchtsvoll zu überreichen. Meine ganze unterthänigste Ueberzeugung ist es, daß das Reich Ew. Majestät, welches den Mittelpunkt von Europa einnimmt, durch Zivilisation und Bildung in allen Ländern in hohem Ansehen steht. Seit dem Abschlusse des Vertrages zwischen Deutschland und China haben sich die freundschaftlichen Beziehungen in der That mit jedem Tage vermehrt. Während der ganzen Zeit meiner Amtsführung als Geschäftsträger im Deutschen Reiche sind mir von Ew. Majestät dem Kaiser sehr oft Gnadenerweisungen zu Theil geworden. Diese fortwährend mir angedeihende freundliche Behandlung hat meinen Kaiser außerordentlich erfreut. Als Unterpfand aufrichtiger Freundschaft ist mir jetzt der bestimmte Befehl zugegangen, in Person dieses Kreditivschreiben Ew. Majestät zu überreichen, um den Posten als Gesandter an dem Hofe Ew. Majestät zu bekleiden, und werde ich mich jetzt mit noch mehr Sorgfalt den Geschäften widmen.

Ehrfurchtsvoll halte ich an der Meinung fest, daß Ew. Majestät mit meinem Kaiser gleichen Herzens den bestimmten Wunsch hegt, gegenseitig wirkliches gutes Einvernehmen zu erhalten, damit die Freundschaft mit jedem Tage eine festere werde und somit die Beamten und das Volk der beiden Länder zum gegenseitigen Nutzen eines ewigen Friedens sich erfreuen können."

Se. Majestät geruhten auf diese Ansprache die nachstehende Erwiderung zu ertheilen:

„Ich nehme mit Befriedigung das Schreiben entgegen, durch welches Sie als Gesandter Sr. Majestät des Kaisers von China bei Mir beglaubigt werden. Auch Mir gereicht es zu besonderer Genugthuung, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China sich seit Abschluß des Vertrages zum gegenseitigen Nutzen stets inniger gestaltet haben und daß Sie, Herr Gesandter, es Sich angelegen sein lassen wollen, dieselben zu fördern und zu befestigen, wozu Meine Regierung Ihnen jederzeit die Hand bieten wird.

Zugleich ersuche Ich Sie, Ihrem erhabenen Souverän den erneuerten Ausdruck Meiner aufrichtigen Freundschaft sowie der guten Wünsche zu übermitteln, von denen Ich für Sein dauerndes Wohl und für das Gedeihen Seines großen Reiches erfüllt bin."

Der „Reichs-Anzeiger" enthält nachstehende auf Grund des Sozialistengesetzes erlassene Bekanntmachung:

Die königliche Kreishauptmannschaft in Zwickau verbot die Nummern 202 der unter dem Titel „Muldenthal-Bote" und „Plauiter Nachrichten und Tageblatt" in Druck und Verlag von R. v. b. Chevallerie in Wilkau erscheinenden periodischen Druckschrift, und erstreckt sich dieses Verbot auch auf das fernere Erscheinen der genannten Zeitschriften.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Ueber die gestern Morgen erfolgte Abreise Ihrer Majestät der Kaiserin und der höchsten Herrschaften nach Königsberg berichtet die „Vossische Zeitung" noch Folgendes:

Heute Vormittag 8 Uhr 30 Minuten ist die Kaiserin mit zahlreichem Gefolge mittelst der Ostbahn nach Königsberg abgereist. In den Königszimmern des Bahnhofes, auf dessen Dache die Fahne flatterte, waren die Kuppel und Vorhalle reich mit hohen Topfgewächsen und Blumen geschmückt, während rothe Teppiche von den Empfangssalons bis zu dem kaiserlichen Extrazug gelegt waren. Die Kaiserin wurde auf dem Bahnhofe von dem Kronprinzen und Prinzen Wilhelm, Karl, Friedrich Karl und dem Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin empfangen, und von dem königlichen Regierungsrath Basch und dem Vorsteher des königlichen Ostbahnhofes Herrn Fischer zu dem bereitstehenden Extrazug geleitet. Derselbe bestand aus zwei Salonwagen, zwei Gefolgewagen, 3 Waggons 1. und 2. Klasse und 3 Gepäckwagen, im Ganzen a 3 32 Achsen. Sowohl vor dem Bahnhofe, als in den Straßen, die die hohen Herrschaften zur Ostbahn passirten, hatte sich ein zahlreiches Publikum aufgestellt. Punkt 8 Uhr 30 Minuten setzte sich der kaiserliche Extrazug, in sämmtliche obengenannte Personen bestiegen, unter Leitung des Herrn Regierungsraths Basch, der den Zug bis Schneidemühl geleitet, in Bewegung.

— Ueber das am Dienstag stattgehabte Paradediner im Weißen Saale des königlichen Schlosses wird uns nachträglich noch berichtet, daß dasselbe mit gewohntem Glanze arrangirt war. Nachdem sich die Generalität und die Staatsminister, die Fürstlichkeiten und Hofchargen, sowie die Stabsoffiziere der in Front geftandenen Regimenter im Festsaale versammelt hatten, erschienen die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften und nahmen an der Tafel unter dem Ehrenhimmel Platz. Rechts von Sr. Majestät dem Kaiser saßen Frau Prinzessin Friedrich Karl, Prinz Karl, Prinz Wilhelm, Prinz August von Württemberg, Erbprinz von Sachsen-Meiningen, Prinz Friedrich von Anhalt und Prinz Heinrich XXIII. Prinz Reuß; zur linken Sr. Majestät hatten Ihre Majestät die Kaiserin, der Kronprinz, die Frau Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen, Prinz Friedrich der Niederlande und Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein Platz genommen. Sr. Majestät der Kaiser hatte, ebenso auch der Kronprinz, die große Generalsuniform mit dem Bande und der Kette des Schwarzen Adlerordens angelegt. Die übrigen Plätze zur rechten und linken der Majestäten nahmen einige Damen des Hofes, der Oberst-Kämmerer Graf von Redern, Fürst Anton Radziwill, der Oberhofmarschall Graf Pückler und der Generaladjutant Graf v. d. Goltz ein. Dem Kaiser gegenüber saß der Kriegsminister, General v. Kameke, zwischen dem russischen General Skobeleff und dem englischen General Hardinge. Von den Ministern waren anwesend die Herren v. Stosch, Maybach und v. Puttkamer, neben ihnen der Oberpräsident von Schlesien, Hr. v. Seydewitz. — Die Tafelmusik stellte das Kaiser Franz Garde-Grenadierregiment Nr. 2; zum Vortrage gelangten 1. Ouvertüre zur Oper „Dichter und Bauer" (Suppé), 2. Manzanillo-Scene aus der „Afrikanerin" (Meyerbeer), 3. „La Poloma", mexikanisches Lied (Gradier), 4. Fackeltanz über Motive aus den „Meistersingern" (Eckert), 5. „O schöner Mai", Walzer (Strauß), 6. „Einzug der Gäste" aus dem „Tannhäuser" (Wagner), 7. „Aufenthalt", Lied (Schubert), 8. „Eine Bauernhochzeit", Marsch (Soedermann). Nach aufgehobener Tafel nahmen die Allerhöchsten Herrschaften mit ihren Gästen den Kaffee in der Bildergallerie ein.

Der Konsistorialrath, Hof- und Domprediger Dr. Carow in Königsberg ist, hiesigen Blättern zufolge, zum General-Superintendenten von Ost- und Westpreußen, der ordentliche Professor der Theologie, Konsistorialrath Dr. Weiß, zum Mitglied des Konsistoriums der Provinz Brandenburg ernannt.

Reichs- und Staats-Angelegenheiten.

— Nach einem Zirkularreskript des Ministers des Innern vom 19. v. M. ist zur Sprache gekommen, daß viele königliche Regierungen die Fürsorgeatteste für stempelfrei erachten, auf Grund deren die Anstellung und Vereidigung im Eisenbahndienste erfolgt. Andere königliche Regierungen halten diese Atteste für stempelpflichtig, und es wird demgemäß nicht überall gleichmäßig verfahren. Seitens der Steuerverwaltung wird, nach den erwähnten Reskript die beanspruchte Stempelfreiheit nicht anerkannt. Es handelt sich hier um „amtliche Atteste in Privatsachen", welche dem Stempel von 1 ℳ 50 ₰ unterliegen, weil in der betreffenden Tarifposition des Stempelgesetzes ihnen eine für gewisse andere Atteste ausdrückliche bewilligte Befreiung nicht zugestanden worden ist, und weil auch für die Anstellungsangelegenheiten, zu denen sie eingereicht werden, eine besondere gesetzliche Befreiung (§ 3 des Stempelgesetzes) nicht besteht. Daraus allein, daß die Vereidigungsprotokolle seit dem Gesetze vom 26. März 1873 nicht mehr stempelpflichtig sind, folgt noch nicht die Stempelfreiheit anderer im Stempeltarif der Steuer unterworfenen Urkunden, insbesondere der amtlichen Atteste in Privatsachen. Unter Bezugnahme auf die Grundsätze, welche das Erkenntniß des königlichen Obertribunals vom 30. Oktober v. J. aufstellt, sind die Regierungen und Landdrosteien zur Nachachtung und entsprechenden Anweisung der unterstellten Behörden darauf hingewiesen worden, daß Fürsorgeatteste der bezüglichen Art dem tarifmäßigen Stempel für Atteste unterliegen.

— Die Zentral-Moor-Kommission wird am 13. September Abends den 14. September Vormittags in Kiel zusammentreffen, um von dort aus die Bereisung der schleswig-holsteinischen Moore vorzunehmen. Außer dem Minister Dr. Lucius wird, wie die „Magdeb. Ztg." hört, der Ministerialdirektor Marcard auch diesmal daran Theil nehmen, obwohl der Rest seines unterbrochenen Erholungsurlaubs in den Monat September fällt. Die Kommission wird am 15. September Abends in Rendsburg eintreffen, am 16. in Flensburg, am 17. in Tönning, den 18. und 19 wird ihr Hauptquartier Husum sein und am 20. geht sie in Hamburg wieder auseinander.

Oesterreich-Ungarn.

— **Wien**, 3. September. Der Linzer Parteitag hat das Urtheil über das Ministerium Taaffe gefällt und das Victoriaschießen seiner Presse hat dieses Urtheil urbi et orbe verkündet. Wenn man mit nüchternem Blicke das Schauspiel verfolgt, welches uns die in der Hauptstadt Oberösterreichs versammelt gewesenen Abgeordneten aller Fraktionen der Verfassungspartei geboten haben, so wird man sich des Eindruckes nicht erwehren können, daß es sich hier um mehr als um die Erzielung eines einstimmigen Votums einer Partei gegen ein mißliebiges Ministerium, daß es sich um die Abgabe eines Verdammungsurtheiles handeln sollte, welches die Verfassungspartei als Volksgericht gegen das Kabinet Taaffe gefällt haben wollte. Es waren bei diesem Volksgerichte in Linz die Richter en masse vorhanden, der Staatsanwalt war in vervielfältigter Auflage vertreten, nur fehlten die bei einem Prozesse unerläßlichen und wichtigsten Faktoren, nämlich der Missethäter, der gerichtet werden sollte und die berechtigte Klage gegen denselben. Als Graf Taaffe mit der Bildung der neuen zisleithanischen Regierung betraut wurde, wußte man, daß der Kardinalpunkt seines Programmes die Versöhnung der Parteien war. Dieses Bestreben konnte doch von der Verfassungspartei dem Grafen Taaffe nicht zum Verbrechen angerechnet werden, denn einerseits stand diesem Bestreben die bündige Versicherung des Ministers zur Seite, daß ihm nichts ferner stehe, als auf Kosten der Verfassung dasselbe zu realisiren, anderseits aber hatte Graf Taaffe nicht den geringsten Anspruch, den Gedanken der Aussöhnung mit den Czechen als seine ureigenste Erfindung zu bezeichnen. Die Verfassungspartei selbst hatte schon längst, bevor Graf Taaffe es sich träumen lassen konnte, Ministerpräsident zu werden, „Angelagter von Linz" zu werden, dieser Gedanke kultivirt, „zu dessen Realisirung sie allerdings den Czechen weit größere Konzessionen hätte bieten müssen, als zugestehen Graf Taaffe jemals in der Lage wäre. Was die in der Resolution des Linzer Parteitages zum Ausdruck gebrachten Forderungen anbelangt, so sind dieselben durch die bereits früher in den offiziösen Organen abgegebene Erklärung, daß Graf Taaffe an den bestehenden institutionellen Rechten nicht rütteln und sie reformiren werde, sowie durch die Thatsache, daß Graf Taaffe bis zur Stunde seinem Versprechen treu geblieben ist, so ziemlich gegenstandslos geworden. Das Ministerium Taaffe-Falkenhayn-Prazak, wie der Linzer Parteitag die gegenwärtige Regierung umtaufte, ist von der Verfassungspartei in Acht und Bann gelegt und verurtheilt worden. Wenn wir aber die Frage stellen, warum die Linzer Verfassungshüter dieses verdammende Urtheil fällten, so kann die Antwort nur lauten: Die Verfassungspartei hat die gegenwärtige Regierung verdammt und in Acht erklärt, weil sie, die durch Nichts noch der Absicht einer Verfassungsschädigung bezichtigt werden kann, einmal doch zu dem werden könnte, was sie noch nicht geworden ist: zum Missethäter an unseren konstitutionellen Freiheiten. Angesichts der vom Linzer Parteitage beliebten Prozedur gegen das Ministerium Taaffe möchte man beinahe glauben, daß den verfassungstreuen Richtern das von dem köstlichen Winkelschreiber „Wansen" in Goethe's „Egmont" zitirte Beispiel, wie man Einen zum Verbrecher macht, vorschwebte, nämlich: „Wenn man aus Einem nichts heraus verhören kann, so verhört man etwas in ihn hinein." Dem Blutmanne Alba kam, wie uns die Geschichte zeigt, diese Art Verbrecher zu machen, trefflich zu Statten, denn die Männer, die es ehrlich mit Land und Volk meinten, fielen dieser Prozedur zum Opfer. Wir wollen mit diesem Vergleiche nichts weniger, als unsere Minister zu modernen Egmonts und Horns der Linzer Verfassungs-Alba's stempeln, denn die Letzteren haben eben so wenig das Zeug zu politischen Alba's in sich, wie die Ersteren das zu Missethätern an der Verfassung.

Rußland.

?? **Petersburg**, 30. August. Se. Majestät der Kaiser hat am 27. August spät Abends die Sommerresidenz Zarskoe-Selo verlassen, um sich nach Warschau zu begeben. Am 28. Mittags 1 Uhr traf Höchstderselbe in Dünaburg ein und hielt über die dortigen Truppen eine Revue ab. Nachmittags 3 Uhr erfolgte die Weiterreise nach Wilna, wo Se. Majestät um 7½ Uhr Abends eintraf und von der Bevölkerung enthusiastisch empfangen wurde.

Die Großfürsten Sergei und Paul Alexandrowitsch, jüngsten Söhne der kaiserlichen Majestäten, reisten am 23. August, Abends, von hier nach Moskau ab. In Fortsetzung ihrer Reise begeben sich Höchstdieselben auch zum Besuch der Messe nach Nischni-Nowgorod. In Nischny verweilte während der letzten Tage der Finanzminister Generaladjutant Greigh. Ihm zu Ehren gab die Kaufmannschaft am 27. d. Mts. ein großes Diner. Bei demselben brachte der Minister einen freudig begrüßten Toast auf das Gedeihen des russischen Handels und Gewerbsfleißes aus. — Die vom Finanzminister am 1. Februar d. J. eingeführten Steuern erregten von Anfang an bei Fachmännern nicht geringe Bedenken, welche sich nach einer mehrmonatlichen Praxis denn auch vollkommen bestätigt haben. Besonders die 25 Prozent-Steuer für die Eilfracht auf den Eisenbahnen wirkt sehr nachtheilig. Bis zum 1. Juni hat sich in dieser Güterfracht ein Ausfall von mehr als 1,200,000 Pud im Vergleich zum Vorjahr ergeben. Ein Vertreter derjenigen Eisenbahnen, welche namentlich mit Oesterreich verkehren, Hr. Kolesow, theilt dem „Golos" die Gründe mit, welche ihn nöthigten, beim Finanzministerium darauf anzutragen, daß der Zuschlag von 25 pCt. insbesondere für Südfrüchte und Preßheje aufgehoben werde. Sehr richtig bemerkt Hr. Kolesow, daß wohl werthvolle Waaren den Frachtaufschlag tragen könnten, daß jedoch zu dieser Klasse Früchte und Preßheje nicht gezählt werden dürften, aber ihrer Natur nach einen schnellen Transport erforderten und bei einem langsamen zu Grunde gingen. Die erste Folge des so störenden Aufschlages war denn auch, daß die Zufuhr von Südfrüchten aus Oesterreich fast ganz aufhörte und der Bezug sich nach Stettin wandte, von wo diese Waaren zu Wasser und billiger nach Rußland gelangen. Vielleicht wird der Finanzminister auf seiner jetzigen Rundreise die große Wichtigkeit unseres Handels näher kennen lernen und zu der Ueberzeugung gelangen, daß derselbe im allgemeinen Interesse möglichst von allen drückenden Fesseln befreit werden müsse. Dazu gehören in erster Reihe die Aufhebung des Zuschlags auf die Eisenbahntransporte und eine Abänderung der so lästigen Zollplackereien. Kann doch Niemand auch nur die geringste Sendung vom Zollamt erhalten, ohne eine Stempelmarke von 60 Kopeken für eine niemals geschriebene Eingabe bezahlt und die Arteltschäft (geschworene Zollamtsarbeiter) mit hohen Spesen für Deffnen und Herantragen der auch noch so kleinen Packete befriedigt zu haben. Ein Packet von nur einem Gewicht Werth macht in Petersburg auf dem Zollamt wenigstens 70 Kopeken (20 Groschen) Kosten.

— Die Petersburger „Molva", deren ruhige und abwehrende Haltung bereits hervorgehoben worden ist, schreibt gegenüber der Haltung der meisten anderen russischen Preßorgane Folgendes:

„Der Friede zwischen Rußland und Deutschland ist Gott Lob endlich geschlossen. Der Krieg war nicht andauernd, aber es floß viel — Tinte. Unser zeitungs-parteiisches Lager hat zwei Wochen lang die Deutschen erbittert beschossen. Leitartikel donnerten sowohl über den Reptilienfonds, der den deutschen Zeitungen Lebensmittel und Unterhalt bezahlt, als darüber, wie passend es von Seiten Bismarck's wäre, wenn er freiwillig seinen Abschied nähme, als über die hinterlistigen Neigungen Preußens, als über die separatistischen Strebungen der Ostseeprovinzialen, als auch darüber, daß wir uns auf keinen Fall wollen beleidigen lassen. Die russische „St. Petersburger Zeitung" fand sogar fertige, formirte preußische Kadres unter den Dünaburger Juden und gerieth in Entsetzen. Die erstaunliche Zeitung entfernt sich jetzt immer mehr und mehr, obgleich die Zeit der Subskription neigt und nicht von derselben abhängt. Der Anlaß des russisch-deutschen Preßkrieges ist unaufgeklärt geblieben. Er hat übrigens schwerlich überhaupt existirt. Das Wort „Haut bei Deutschen" schwebte einfach in der Luft und man